

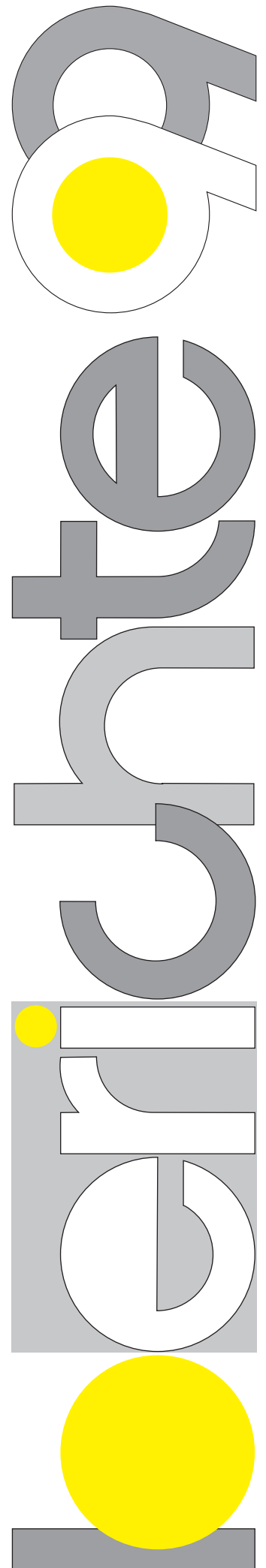


Deutsches Institut für Urbanistik

Inhalt:

Zwischen Überforderung und Selbstbehauptung	2
Aktuelle Probleme der Stadtentwicklung und der Kommunalpolitik	4
Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Umweltschutz	6
Handbuch Umweltcontrolling im Bereich der öffentlichen Hand	8
Kosten sparen durch Energiemanagement	9
Neue Instrumente zur Steuerung des Flächenverbrauchs	11
Seminarbegleitende Bibliographien	13
Internationale Bauausstellung Emscher Park	14
Bestellschein	16

Forschung und Dienstleistungen für die deutschen Städte



Zwischen Überforderung und Selbstbehauptung – Städte unter dem Primat der Ökonomie

Dokumentation des Difu-Symposiums 1998

„ZukunftsWerkStadt“ lautete der Titel des Symposiums, zu dem das Deutsche Institut für Urbanistik anlässlich seines 25jährigen Bestehens im September 1998 Repräsentanten aus Politik und Wissenschaft einlud. Im Zentrum des Interesses standen hauptsächlich jene Fragen, die nun der Dokumentation ihren Titel geben: Wie können sich die Städte an der Schwelle zum neuen Jahrtausend angesichts immer neuer Herausforderungen behaupten? Wie stellen sie sich dem allgegenwärtigen Primat der Ökonomie, und wie verfolgen sie weiterhin auch ihre sozialen und ökologischen Ziele?

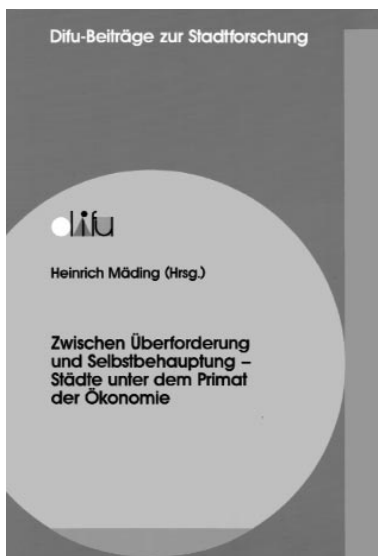
Der vorliegende Band dokumentiert die Beiträge ausgewiesener Experten aus Praxis und Wissenschaft zu den Entwicklungsperspektiven für die Stadt, zu Stadt- und Stadtgesellschaft ebenso wie zu den Werkstattgesprächen „Vom Leitbild zum konkreten Handeln“.

Als das Institut 1998 das Symposium plante, lag es nahe, die Zukunft der Städte zum Thema zu machen. Die Dokumentation wird – im Anschluß an die kurzen einleitenden Texte – in diesem Sinne mit einem perspektivischen Beitrag eröffnet, der schon im Vorfeld der Veranstaltung entstanden war. Der Leiter des Instituts und Herausgeber dieses Bandes nimmt weltweite Trends in Wirtschaft und Gesellschaft unter die Lupe und skizziert deren Folgen für den Standort Stadt. Zukunftsweisende Kommunalpolitik zeichnet sich – wie der Beitrag verdeutlicht – dadurch aus, daß Grenzen der Einflußnahme auf bestimmte Entwicklungen anerkannt und Energien dort gebündelt werden, wo die Städte selbst ihre Handlungseffizienz steigern können. Dieser Vorstellung entsprechend werden drei konzeptionelle Handlungsansätze vorgestellt – Verwaltungsmodernisierung, strategische Regionsbildung und öffentlich-private Partnerschaften –, die dem Ziel der Übernahme sozialer und ökologischer Verantwortung in der Kommunalpolitik unter den bestehenden, oft schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen dienen sollen.

Die Zukunft einer Stadt ist Werk tätiger Menschen, nicht Schicksal, die Stadt selbst Produkt und Ort der Produktion, Werkstätte. Der für das Symposium gewählte Titel „ZukunftsWerkStadt“ mit seinen Unschärfen sollte die Doppelperspektive von Stadt als Stadtraum und als Stadtgesellschaft aufgreifen. Im Stadtraum bildet sich die Stadtgesellschaft mit ihren Werten und Möglichkeiten ab: Durch Individualismus, Bequemlichkeit und relativen Reichtum kommt es zum Beispiel zu einem städteerstickenden Verkehr ebenso wie zum Flächenfraß der Suburbanisierungsprozesse. Aber der Stadtraum prägt auch seinerseits die Stadtgesellschaft, nimmt oder gibt Möglichkeiten der Wahrnehmung, Begegnung und Kommunikation im öffentlichen Raum oder in den unwirtlichen Wohnburgen der 60er und 70er Jahre.

Am ersten Tag des Symposiums ging es in sieben Kurzreferaten aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven um das Disparate der Zukunft, das Kaleidoskop von „Trends, Sorgen, Visionen“. Diese bilden, soweit für die Veröffentlichung ausformulierte Texte vorgelegt wurden, nach den einleitenden Beiträgen den zweiten Teil dieses Bandes.

Viele der wahrnehmbaren Trends spiegeln nun keineswegs unsere Vorstellungen vom guten Leben, sondern Haltungen und Entscheidungen, die vielmehr Anlaß zur Sorge geben. Die individuellen Vorstellungen vom guten Leben liegen in unserer Gesellschaft zwar weit auseinander, wahrscheinlich weiter als in früheren Zeiten, aber die gesellschaftlichen Vorstellungen, wie dieses zu bewahren sei, konvergieren seit gut zehn Jahren mehr und mehr um den Begriff der Nachhaltigkeit. Die aktuellen Sorgen der deutschen Städte sind nun dadurch gekennzeichnet, daß die Nachhaltigkeit nicht nur durch eine spezifische Zielverfehlung gefährdet ist. Ökologische Probleme (wie Klimagefahren, Bodenversiegelung oder Rückgang der Artenvielfalt) stehen gleichzeitig und gleichwertig neben sozialen Problemen, die unter anderem herrühren aus dem Abbau der Wer-





tegemeinschaft (auch durch Zuwanderung) und zugleich dem Schwinden der Toleranz, aus der Zunahme von Ellenbogenmentalität und Gewaltbereitschaft und zugleich von Aussteigermentalität. Gleichzeitig bestehen – in ihrer Bedeutung ebenso gravierende – ökonomische Probleme, vor allem die dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit von über vier Millionen Erwerbspersonen mit ihren Folgen für die davon betroffenen Menschen ebenso wie für die Kommunalfinanzen und die absehbaren Gefährdungen im internationalen Wettbewerb der Nationen, Regionen und Städte. Hinsichtlich der Einschätzung dieser Sorgen ist der relativierende Hinweis zu akzeptieren, daß sie nicht historisch einmalig oder im internationalen Vergleich herausragend sind, nicht aber die These, nur die „mutlosen Deutschen“ ließen sich wieder einmal lähmende Ängste suggerieren. Die Sorgen haben eine sehr reale Basis.

Von Visionen, die als in sich schlüssige Konzeptionen Richtschnur des Handelns sein können, war auf dem Symposium seltener die Rede. Der Mut reichte nur für eher fragmentarische Teil-Leitbilder, die dann meist von anderen Teilnehmern rasch als nicht erstrebenswert oder als unerreichbar abgetan wurden: die kompakte Stadt, die solidarische Stadt, die naturverträgliche Stadt, die prosperierende Stadt. Ein Ertrag für die laufende Leitbilder-Debatte in deutschen Städten bestand in der nachdrücklichen Vorwarnung, daß keine Zielharmonie zwischen diesen Teil-Leitbildern herrscht, vielmehr die Gefahr schwerwiegender Zielkonflikte, wie etwa zwischen der prosperierenden und der naturverträglichen oder zwischen der prosperierenden und der solidarischen Stadt. Der Primat der Ökonomie in der globalisierten Weltwirtschaft macht es immer schwieriger, lokale Konzepte von sozialem Ausgleich oder von schonendem Umgang mit den natürlichen Ressourcen umzusetzen. Insofern sehen viele Städte tradierte Felder der kommunalen Selbstverwaltung in Gefahr. Sie suchen nach neuen Wegen, um auch unter neuen Rahmenbedingungen ihren Handlungsspielraum zu behaupten.

Am zweiten Tag der Veranstaltung wurde der Versuch unternommen, trotz aller Unsicherheiten, trotz aller Restriktionen „Weg zum konkreten Handeln“ zu erkunden. Vier parallele Werkstätten hatten jeweils ein unstrittiges Ziel, ausgedrückt in den Überschriften: „Nachhaltiges Wirtschaften“, „Gesellschaftliche Integration“, „Leistungsfähige Infrastruktur“ und „Politische Stabilität“. Die grundlegenden Ausarbeitungen des Deutschen Instituts für Urbanistik zu diesen Werkstätten bilden den Schwerpunkt des dritten Teils in diesem Band, ergänzt um die vorliegenden Referate aus der kommunalen Praxis. In der konkreten Stadtpolitik werden vor allem die integrativen und die präventiven Aspekte der vorgeschlagenen Handlungsansätze schwer umzusetzen sein. Konsens über die Ziele reicht im übrigen nicht aus. Wichtig sind auch konkrete Hilfestellungen über den Weg dahin, das Prozedere. Hier sind – wie bereits oben angedeutet – vor allem drei verwaltungspolitische Innovationsfelder weiter zu bedenken und zu erproben: intraregionale Kooperation und strategische Regionsbildung im Wettbewerb der Regionen; neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Kommune, Unternehmen und Bürgern von den Public Private Partnerships bei Großprojekten der Stadtentwicklung bis zu den Lokale-Agenda-21-Prozessen und -Projekten; schließlich die Verwaltungsmodernisierung. Kommunale Probleme entstehen vorrangig durch die großen, weltweiten ökonomischen und sozialen Trends, aber – indirekt – auch durch Handlungsrestriktionen für die lokalen Akteure: endliche Ressourcen und Naturgesetze, Finanzknappheit, rechtliche Regeln, Interessengegensätze und politische Blockaden sowie Mangel an Handlungswissen. Nur die letzte dieser Restriktionen kann durch Stadtforschung gemildert werden. Daß deren Beitrag aber nicht unterschätzt werden darf, macht das Schlußwort der Präsidentin des Deutschen Städtetages deutlich und, so ist zu hoffen, dieser Band insgesamt.

Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes:

**Jochen Dieckmann
Jürgen Friedrichs
Henning Friege
Birgit Frischmuth
Albrecht Göschel
Busso Grabow
Dietrich Henckel
Beate Hollbach-Grömig
Rainer König
Paul von Kodolitsch
Hinrich Lehmann-Grube
Michael Lehm Brock
Jens Libbe
Heinrich Mäding (Hrsg.)
Petra Roth
Ulla-Kristina Schuleri Hartje
Karl-Heinz Steinmüller
Hans Stimmann**

**Weitere Informationen:
Redaktion
Telefon: 030/39001-212
und Pressestelle des Difu
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: verlag@difu.de und
pressestelle@difu.de**

**Bestellung:
siehe Bestellschein**

Aktuelle Probleme der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik

Das Difu legt die 20. Ausgabe seiner jährlichen Umfrage vor

Neuer Materialienband
erschienen

Im Jahre 1998 wiederholte das Difu seine jährliche Befragung zu den jeweils aktuellen Problemen der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik zum 20. Mal. Ziel der Befragungsreihe ist es, einen Einblick in die Struktur der kommunalen Agenda zu gewinnen, wie sie sich aus der fachübergreifenden Sicht der Stadtentwicklungsplaner darstellt. Außerdem soll ihre Veränderung im Zeitablauf beobachtet werden.

Befragt wurden in den ersten Jahren der Untersuchungsreihe allein die Mitglieder der „Fachkommission Stadtentwicklungsplanung“ des Deutschen Städtetages. Zusätzlich aufgenommen in das Panel wurden nach der deutschen Vereinigung die Mitglieder der „Konferenz der Dienststellen für Stadtentwicklungsplanung“ des Städtetages Nordrhein-Westfalen sowie die besonderen Difu-Ansprechpartner der Städte in den neuen Bundesländern, die zum Zuwenderkreis des Difu gehören.

Über die Zeit im wesentlichen gleichgeblieben ist die zentrale Frage der Umfrage: „Bitte skizzieren Sie in Kurzform bis zu sechs Probleme mit besonderem Handlungsdruck für Rat und Verwaltung.“ Die Befragten werden um ihre persönliche Meinung gefragt, die nicht identisch mit der jeweiligen „Amtsmeinung“ sein muß. Zum Befragungskonzept gehört außerdem, daß vom Difu keine standardisierten Antwortvorgaben vorgegeben werden. Die Zuordnung der offenen Antworten zu mittlerweile 31 Problemgruppen wird am Difu vorgenommen. Außerdem wird nach gelungenen Problemlösungen gefragt, die für den interkommunalen Erfahrungsaustausch von Bedeutung sind.

Befragungsergebnisse 1998

Im Jahre 1998 beteiligten sich 75 der 91 angeschriebenen Personen an der Befragung (Rücklauf 82 Prozent). Welche Problemschwerpunkte wurden für das Jahr 1998 gesetzt? Die „Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsmodernisierung“ ist der führende Problembereich. Wenn auch der Vorsprung zu den nachfolgenden Problemfeldern zurückgegangen ist, entfallen auf ihn immerhin 20 Prozent der Nennungen. Auf den Plätzen zwei und drei folgen

die Bereiche „Kommunale Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarkt, wirtschaftlicher Strukturwandel“ (12 %) und „Innenstadtentwicklung“ (8 %). Auf die nachfolgenden Problembereiche „Verkehrswesen“ und „Einzelhandelsentwicklung“ entfallen jeweils sieben Prozent der mit ihrem Rangplatz gewichteten Antworten. Auf alle fünf Bereiche zusammen entfallen bereits 54 Prozent der Antworten.

Die Städte in den neuen Ländern melden mittlerweile die vereinigungsbedingten Probleme der Nachwendezeit („Ungeklärte Eigentumsfragen“, „Rückübertragung von Kommunalvermögen“, „Aufbau der Kommunalverwaltung“) nicht mehr als vorrangige Problemfelder. Insofern hat vordergründig eine Angleichung stattgefunden. Die Ost-Städte setzen mittlerweile andere Akzente, die sie von den West-Städten unterscheiden. Das zeigt sich vor allem in den Problemfeldern „Stadterneuerung“, „Verkehrswesen“ und „Suburbanisierung der Wohnbevölkerung“. Die West-Städte hingegen haben sich in einem wesentlichen Punkt ihrer Problemlandschaft den ostdeutschen angegeglichen: Arbeitslosigkeit ist mittlerweile auch bei ihnen zum gravierenden Problemfeld geworden.

Die Befragungsergebnisse für 1998 aus den westdeutschen Städte signalisieren wachsenden Problemdruck bei der „Innenstadtentwicklung“. In den Vorjahren war dies eher ein von den ostdeutschen Städten herausgestellter Problembereich, mittlerweile haben die Städte der alten Länder hier sogar eines ihrer aktuellen Hauptprobleme ausgemacht. Fügt man die zahlreichen Nennungen hinzu, in denen die Entwicklung des Einzelhandels sowie die Zusammenarbeit mit dem Umland problematisiert werden, dann erscheint hier ein zentrales Aktionsfeld für die Kommunalentwicklung.

Das Diagramm „Konjunkturen ausgewählter Problembereiche“ zeigt die Bewertungen in den Jahren 1994 bis 1998 als Zeitreihen. Der Verlauf der Kurve „Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsreform“ scheint darauf hinzudeuten, daß das The-

ma zwar noch immer ein Hauptpunkt der kommunalen Agenda ist, der Abstand zu den nachfolgenden Bereichen verringert sich jedoch seit 1996. Den Bereich „Wohnungswesen“ kennzeichnen deutlich Entspannungstendenzen. Ein Rückblick in die über 20 Jahre aufgezeichnete Konjunktur dieses Themas zeigt, daß es über viele Jahre zu den führenden Problembereichen in der Difu-Umfrage gezählt hat. Es wäre jedoch voreilig, dieses Thema auch zukünftig für „erledigt“ zu erklären. Ein harter Kern von Obdachlosigkeit gehört mittlerweile zum Alltagsbild unserer Städte, und nicht selten ist vorangegangene Arbeitslosigkeit die Ursache von Wohnungslosigkeit.

Insgesamt ist natürlich zu bedenken, daß die hier analytisch voneinander getrennten

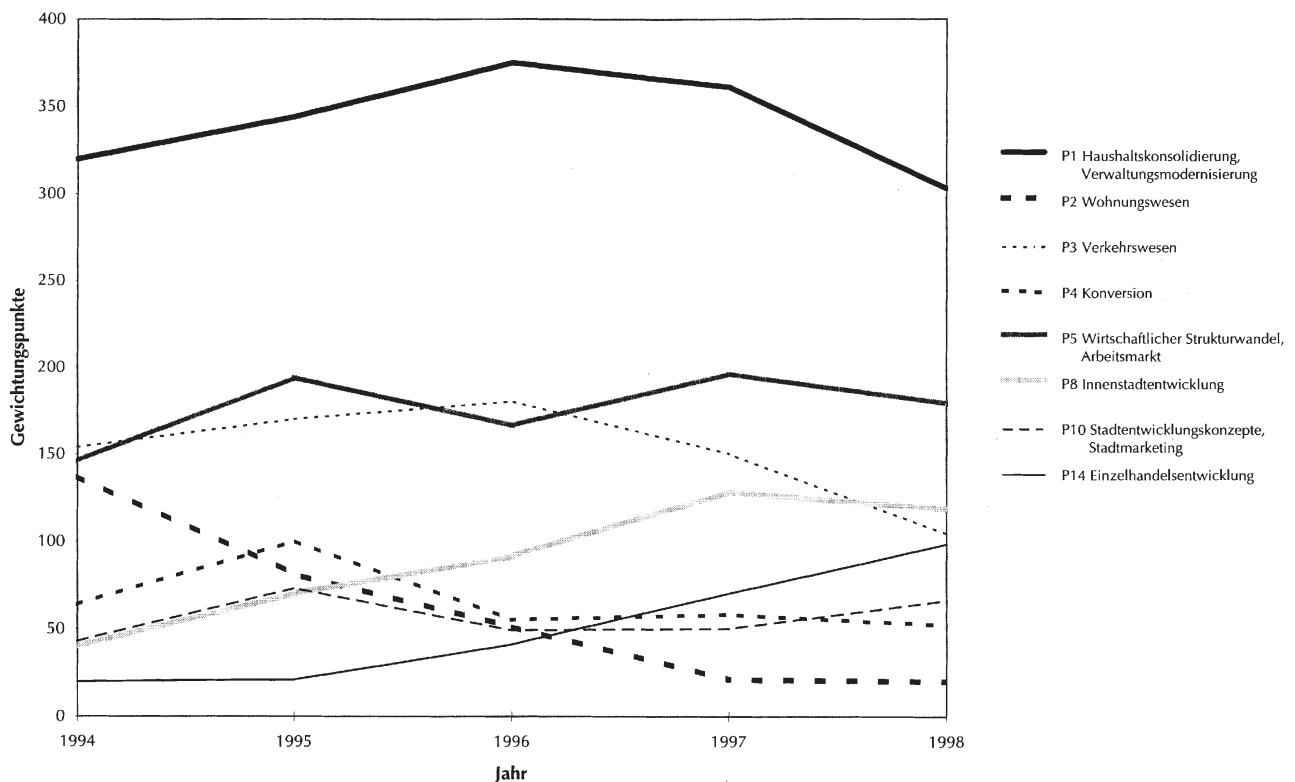
Problemfelder in der kommunalen Praxis vielfältig miteinander verbunden sind. Außerdem handelt es sich bei den Befragungsergebnissen um die Problemsicht der Stadtentwicklungsplaner, denen auch andere Arten der Ermittlung kommunaler Probleme gegenübergestellt werden könnten. Aufschlußreich sind beispielsweise Vergleiche mit den Ergebnissen kommunaler Bürgerbefragungen zu den Hauptproblemen der Stadt. Hier zeigt sich beispielsweise regelmäßig eine wesentlich höhere Einstufung des Themas „öffentliche Sicherheit“, während das Thema „Modernisierung der Kommunalverwaltung“ kaum die Resonanz findet, die es in der Difu-Befragung hat.

Die Befragungsergebnisse werden in der Materialienreihe des Difu veröffentlicht.

Weitere Informationen:
Dr.-Ing. Michael Bretschneider
Telefon: 030/39001-281
E-Mail: bretschneder@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Konjunkturen ausgewählter Problembereiche 1994 – 1998



Quelle: Difu-Umfrage „Stadtprobleme 1998“

Deutsches Institut für Urbanistik



Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Umweltschutz

Beispiele zu den Handlungsfeldern Energie und Wasser

Neue Veröffentlichung in der Reihe Umweltberatung für Kommunen (UfK)

Dem Vorsorgeprinzip gemäß wird umweltbezogene Öffentlichkeitsarbeit als unverzichtbare kommunale Aufgabe verstanden. Denn vorbeugender Umweltschutz ist kostengünstiger als nachträgliche Reinigungs- oder Sanierungsmaßnahmen. Abfallbeseitigung oder Wasserreinhaltung verursachen beispielsweise immer höhere Kosten in den Kommunen. Rechnet man die Ausgaben für eine offensive Öffentlichkeitsarbeit zur Vermeidung und Verringerung von Umweltbelastungen dagegen, so fallen diese im Vergleich dazu sehr gering aus.

Es besteht Einigkeit darüber, daß es sinnvoller ist, an die Verantwortlichkeit jedes einzelnen zu appellieren und auf diese Weise einen Wertewandel einzuleiten, anstatt das Verhalten gegenüber der Umwelt ausschließlich auf gesetzlicher Ebene zu regeln. Jedoch muß Öffentlichkeitsarbeit im Umweltschutz als „weiches Instrument“ verstanden werden, das langfristig nur in Verbindung mit anderen Maßnahmen greift, mit Ge- und Verboten im Umweltbereich, mit Anreizen zu umweltfreundlichem Verhalten – z.B. über Gebührenordnungen oder über Förderprogramme. Hier ist die Kommune darauf angewiesen, daß die Adressaten Verordnungen positiv sehen, wenn diese den entsprechenden Nutzen entfalten sollen. Durch die Vermittlung ökologischer Zusammenhänge schafft man bei den Bür-

gern das notwendige Verständnis für administrative Umweltschutzmaßnahmen.

Bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit muß die Kommune sich jedoch darüber im klaren sein, daß alle Aktionen und Maßnahmen auf eine bereits mit Informationen überflutete Gesellschaft treffen. Durch das massenhafte und ständig weiter steigende Angebot an Informationen wird Öffentlichkeitsarbeit zu einem regelrechten Kampf um Aufmerksamkeit. Daher muß auch die kommunale Öffentlichkeitsarbeit hohen Ansprüchen gerecht werden.

Die Veröffentlichung ist den Möglichkeiten kommunaler Öffentlichkeitsarbeit mit den Themenschwerpunkten „Energie“ und „Wasser“ gewidmet, da vor allem auch Sparprogramme in diesen Handlungsfeldern zu den zentralen Ansätzen einer vorsorgenden Umweltpolitik gehören, mit denen sich substantielle Beiträge zu einer umweltverträglichen, zukunftsfähigen Entwicklung in Kommunen erbringen lassen.

Der Schutz und die sparsame Verwendung der Ressourcen Energie und Wasser erfordern zunehmend vorsorgeorientierte Ansätze im Umweltschutz. Ohne Verhaltensänderungen bei den verschiedenen Verbrauchergruppen werden nachhaltige Konsumverhaltensmuster nicht zu erreichen sein. Viele Kommunen und kommunale Betriebe haben „Energie“ und „Was-

ser“ als wichtige Handlungsfelder für ihre Öffentlichkeitsarbeit erkannt.

Die Einsparung von Energie ist ein wichtiger Beitrag zur Ressourcenschonung sowie zu einer nachhaltigen Ressourcenbewirtschaftung in den Kommunen. Über drei Viertel des weltweiten Energieverbrauchs geht auf das Konto der Industrienationen, obwohl diese nur einen geringen Anteil an der Weltbevölkerung umfassen. Insbesondere die globale Klimafähigung und die damit verbundenen Auswirkungen erfordern ein forciertes Handeln zur Reduktion der energiebedingten CO₂-Emissionen.

Folgende Leitziele gilt es, im Rahmen der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit zu vermitteln:

- den Energiebedarf durch veränderte Verhaltensweisen und verbesserte Wirkungsgrade in den einzelnen Verbrauchssektoren deutlich zu senken (Energie sparen),
- den Einsatz von regenerativen Energiequellen zu fördern und fossile Energieträger zu substituieren (Alternativen erschließen),
- die Energie aus fossilen, nicht erneuerbaren Energiequellen effizienter zu erzeugen und umzuwandeln (Verluste vermeiden).

Wasser ist das wichtigste Lebensmittel. Zwar sind auf der Erde riesige Mengen an Wasser vorhanden, aber nur ein Tausendstel hiervon ist für Menschen als Trinkwasser geeignet. Auch in Deutschland wird die Aufbereitung von qualitativ hochwertigem Trinkwasser kostspieliger, daher ist ein differenzierter und rationeller Umgang mit dieser Ressource notwendig. Wasser ist somit ein wichtiges Thema des

vorsorgeorientierten Umweltschutzes. Neben dem Gewässer- und Trinkwasserschutz leisten auch das Wassersparen und die rationelle Wassernutzung einen Beitrag, um auch in Zukunft Trinkwasser in ausreichender Menge und in hoher Qualität verfügbar zu haben. Eine wichtige Zielgruppe sind hierfür die privaten Haushalte.

Ziel ist es, durch Öffentlichkeitsarbeit zu vermitteln, daß das Wasser, das scheinbar in unbegrenzten Mengen aus unserem Wasserhahn kommt, ein wertvoller Rohstoff ist, der sparsam genutzt werden sollte und nicht unbedacht für das Rasensprengen, die WC-Spülung oder die Autowäsche verschwendet werden darf. Nicht erst ein Wassernotstand sollte dazu führen, daß mit Wasser sparsam umgegangen wird. In Haushalten und vor allem in Eigenheimen gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, den Verbrauch des hochwertigen Trinkwassers zu vermindern. Zahlreiche Städte und kommunale Betriebe haben die Bedeutung des Wassersparens erkannt und wenden sich mit diesem Thema an die Öffentlichkeit.

Die Veröffentlichung liefert Hinweise zu Konzepten, Methoden und Strategien für eine umweltbezogene Öffentlichkeitsarbeit in diesen beiden Handlungsfeldern des kommunalen Umweltschutzes. Dazu wird eine Vielzahl von beispielhaften Materialien aus den Städten (Broschüren, Informationsblätter, Ausstellungsankündigungen usw.) präsentiert.

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Telefon: 0 30/3 9001-244
E-Mail: roesler@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Handbuch Umweltcontrolling im Bereich der öffentlichen Hand

In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen damit begonnen, sogenannte Umweltmanagementsysteme einzurichten. Vor allem in Städten werden Pilotprojekte mit dem Ziel durchgeführt, die in der Privatwirtschaft bewährten Verfahren des betrieblichen Umweltmanagements auf die Verwaltung oder kommunale Betriebe zu übertragen. Diese Aktivitäten stützen sich insbesondere auf die Anfang 1998 vom damaligen Bundeskabinett beschlossene Erweiterungsverordnung zum Umweltauditgesetz (UAG), die die Teilnahme öffentlicher Verwaltungen und Dienstleistungsunternehmen am Umweltauditsystem ermöglicht.

Um ökologische und – angesichts der angespannten Haushaltssituation von Bund, Ländern und Gemeinden – auch ökonomische Einsparpotentiale ermitteln zu können, reicht ein formales Umweltmanagementsystem jedoch nicht aus. Umweltcontrolling kann dazu beitragen, solche Potentiale aufzuzeigen und zu erschließen. Ähnlich wie im gewerblichen Bereich kann damit eine doppelte Dividende erreicht werden: Die Umweltqualität wird verbessert, zugleich werden die öffentlichen Haushalte entlastet.

Für gewerbliche Unternehmen gibt es zum Aufbau eines Umweltcontrollingsystems als praxisorientierten Leitfaden das „Handbuch Umweltcontrolling“, das vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und vom Umweltbundesamt (UBA) herausgegeben wurde. Die Möglichkeiten zur Einführung von Umweltcontrollingsystemen und vorliegende Erfahrungen in Einrichtungen der öffentlichen Hand wurden vom Deutschen Institut für Urbanistik und dem ÖKOTEC-Institut für angewandte Umweltforschung, Berlin, 1997 beschrieben und kürzlich in der Reihe „Texte“ des UBA veröffentlicht. Als ein Hauptresultat der Studie wurde die inhaltliche Struktur eines Handbuchs „Umweltcontrolling im Bereich der öffentlichen Hand“ entworfen.

Gemeinsam mit dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in Berlin und der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer sowie weiteren Instituten hat das Difu die Kon-

zeption und Ausarbeitung des genannten Handbuchs übernommen. Das Handbuch soll für öffentliche Verwaltungen eine praktische Anleitung zum schrittweisen Aufbau eines effizienten Umweltcontrolling sein. Ziel ist die Integration dieses Steuerungsinstruments in den alltäglichen Verwaltungsablauf. Auch den politischen Entscheidungsträgern in den Behörden soll das Handbuch eine Grundlage bieten, Umweltschutzanforderungen in den Verwaltungsalltag zu integrieren. Seine volle Wirksamkeit kann das Umweltcontrolling aber erst dann entfalten, wenn es auf die spezifischen Besonderheiten in öffentlichen Verwaltungen maßgeschneidert entwickelt wird.

Das Handbuch soll alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ansprechen, auch jene, die nur zeitweise mit Umweltschutzfragen betraut sind. Die Erarbeitung von Einführungs- und Motivationsstrategien ist von besonderer Bedeutung, da Umweltcontrolling nur dann erfolgreich sein kann, wenn es gelingt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für diese Aufgaben nachhaltig zu motivieren.

Texte



Umwelt
Bundes
Amt

Weitere Informationen:
Dipl.-Sozialökonom
Jens Libbe
Telefon: 030/39001-115,
E-Mail: libbe@difu.de

Kosten sparen durch Energiemanagement



Neue Veröffentlichung in der Reihe Umweltberatung für Kommunen (UfK)

Unter dem Titel „Kosten sparen durch Energiemanagement“ liegt nun die Dokumentation des vierten Bundesdeutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten am 27. und 28. Oktober 1998 in Stuttgart vor. Insgesamt 25 Vorträge sind in acht Kapiteln zusammengefaßt.

Das erste Kapitel befaßt sich mit Strategien der Verbrauchsüberwachung und -dokumentation. Die Einführung eines Energiekontrollsystems wird am Beispiel der Stadt Karlsbad beschrieben. Aus der Stadt Mannheim wird über die Entwicklung und Umsetzung neuer Konzepte berichtet. Ansätze zur systematischen Heizenergie- und Stromeinsparung im Gebäudebestand werden aus der Stadt Haltern vorgestellt. Die Schulung von Hausmeistern als wichtiger Bestandteil des Energiemanagements schildert der Bericht aus Friedberg/Wetteraukreis.

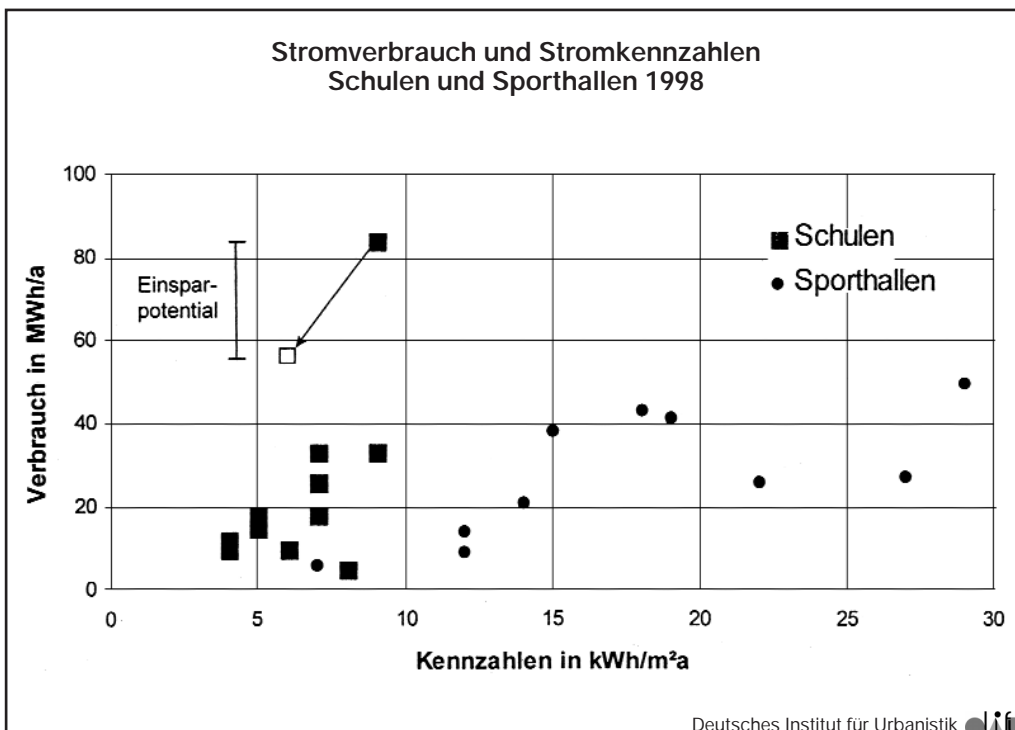
Wer mit Maßnahmen zur Energieeinsparung zu tun hat, steht regelmäßig vor der Frage, welche Maßnahme denn nun umgesetzt werden soll. Um die Auswahl zu erleichtern, sollte eine Prioritätenliste erstellt werden. Am Beispiel der Stadt Fellbach wird die Verwendung der gebräuch-

lichen Kriterien für eine solche Liste dargestellt.

Um Energiemanagement auch in kleineren Städten und Gemeinden kosteneffizient durchführen zu können, ist es oft sinnvoll, wenn diese sich zusammenschließen. Die Dokumentation enthält dazu zwei Beispiele: das EnergieDienstleistungsZentrum Rheingau-Taunus GmbH (EDZ) und die ENA-Unabhängige EnergieBeratungs-Agentur für die Landkreise Nürnberger Land und Roth.

In den Kapiteln Heizenergie- und Wassersparen werden die energetische Sanierung einer für die neuen Bundesländer typischen Schule (Typ „Erfurt“) in Wittstock/Dosse sowie organisatorische und technische Wassersparaktivitäten der Stadt München vorgestellt.

Das Kapitel zur Stromeinsparung befaßt sich mit der Diskussion um Grenz- und Zielwerte zum Stromsparen in kommunalen Einrichtungen am Beispiel der Stadt Georgsmarienhütte. Außerdem werden ausgewählte Beispiele zur Stromeinsparung in Sporthallen (Saarbrücken), zum Leuchtentausch (Baden-Württemberg) und zur Optimierung der Beschaf-



**Ein geschulter Hausmeister spart rund 25 Prozent –
Der Energietreff „Heizung“ bringt weitere 10 Prozent Energieeinsparung!**



Deutsches Institut für Urbanistik

fung und des Betriebs von EDV-Anlagen (Hamburg) beschrieben.

Mit „Pro Klima – Contra CO₂“ wird eine Kampagne zum energiebewußten Nutzerverhalten in Verwaltungsgebäuden aus München bekanntgemacht. Um Schulen geht es in einem weiteren Aufsatz, der den aktuellen Stand des Energiesparprojekts in hannoverischen Schulen vorstellt.

Vor dem Hintergrund, Energie rationell und sparsam einzusetzen und gleichzeitig die klimabelastenden CO₂-Emissionen zu mindern, befassen sich viele Städte mit dem Einsatz regenerativer Energien. Auf dem Fachkongreß wurden dazu die Gesamtstrategie der Stadt Köln sowie der Einsatz von Holzschnitzelfeuerungsanlagen im Kindergarten und im Bürgerhaus der Gemeinde Bergweiler zur Diskussion gestellt. Am Beispiel des Rathausneubaus der Stadt Garbsen konnte deutlich gemacht werden, wie durch eine ganzheitliche Betrachtung (Nutzungskonzept und Baukonstruktion) eine wirtschaftliche Reduzierung des Energiebedarfs des Gebäudes erreicht werden kann.

Das Kapitel Finanzierung befaßt sich ausschließlich mit verschiedenen Formen des Contracting. So werden die Energiesparpartnerschaften des Landes Berlin und die Rahmenvereinbarung für Energiespar-Contracting der Stadt Düsseldorf vorgestellt. Im Zusammenhang mit dezentralen Maßnahmen zur Anlagenerneuerung und Energieeinsparung im Rahmen eines Performance-Contracting-Vertrags wird in Schwabach ein System zur Gebäudeleit-

technik aufgebaut. Auch dies kann man in der Dokumentation nachlesen.

Viele Energiebeauftragte, insbesondere in mittleren und kleinen Städten, zählen neben dem klassischen Energiemanagement auch die Öffentlichkeitsarbeit zu ihrem Aufgabengebiet. Auf dem Kongreß wurden zwei Aktionen zu diesem Themenbereich präsentiert: die Ochsenhausener Energiesparaktionen und Solarinitiative Phönix der Stadt Garbsen.

Ziel des Kongresses der Energiebeauftragten ist es, Erfahrungen aus der Praxis, die an einem Ort gesammelt wurden, möglichst vielen Städten und Gemeinden zugänglich zu machen. Vernetzung und persönlicher Erfahrungsaustausch sind auch die Stichworte des letzten Beitrags der Publikation. Das Klima-Bündnis stellt das „Informationssystem klimaschutz.de“ vor, welches die Möglichkeit bietet, über E-Mail und Internet Informationen abzurufen.

Weitere Informationen:
Dr. Annett Fischer
Telefon: 030/39001-110
E-Mail: fischer@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Neue Instrumente zur Steuerung des Flächenverbrauchs

Ein zentrales Problem auf dem Weg hin zu einer nachhaltigen urbanen Entwicklung ist die ungebrochene Inanspruchnahme von Landschaftsfläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke. Diese Fläche umfaßt im Bundesgebiet zur Zeit über elf Prozent. Das Wachstum des Flächenverbrauchs ist unter anderem bedingt durch veränderte Mobilitätsansprüche und Produktionsweisen, spezifische Flächenansprüche einzelner Funktionen, durch Beurteilungen der Mischungsverträglichkeit unterschiedlicher Nutzungen oder die Geschwindigkeit von Verkehrsmitteln. Die Flächennutzung geht nicht nur mit Flächenversiegelung und -zersiedelung einher, sondern führt auch zu einer hohen Inanspruchnahme anderer Ressourcen. Siedlungsfläche und Energieverbrauch stehen in einem starken Zusammenhang.

Zur Verringerung des Siedlungsflächenverbrauchs und der Versiegelung werden neue, „marktwirtschaftliche“ Instrumente zur Ergänzung des geltenden Planungsrechts diskutiert. Die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ nennt in ihrem im Sommer 1998 veröffentlichten Abschlußbericht zum Beispiel die vom Difu bereits 1995 vorgeschlagene Bodenwert- und Bodenflächensteuer, den Handel mit Flächenausweisungsrechten oder

die Erhebung einer gestaffelten Abgabe auf die Versiegelung bisher unversiegelter Flächen. Hinzu kommen Überlegungen, die Zusammenarbeit zwischen Kommunen bei der Abstimmung kommunaler Planungen und gemeindeübergreifender Infrastrukturmaßnahmen durch Kompensationsmaßnahmen zu verbessern. Durch den Einsatz dieser Instrumente soll eine stärker ursachenorientierte Strategie des Flächenmanagements gewählt und ein verbesserter Interessenausgleich zwischen Kernstädten und Umlandgemeinden hergestellt werden.

Das Deutsche Institut für Urbanistik führte Anfang Dezember 1998 ein Seminar zum Thema durch. Ziel der Veranstaltung war es, einen Einblick in die aktuelle Debatte über neue Perspektiven in der Flächensteuerung zu geben und die vorgeschlagenen Instrumente auf ihre Praxistauglichkeit hin zu prüfen. Diskutiert wurde zum einen, inwieweit diese Instrumente mit der kommunalen Planungshoheit und den Eigentumsrechten der Grundeigentümer zu vereinbaren sind, zum anderen, ob diese Instrumente in der Praxis geeignet sein werden, das Interesse der Gemeinden und Grundstückseigentümer an einem sparsamen Umgang mit Grund und Boden zu erhöhen.

Mit Band 10 der Seminar-dokumentation „Forum Stadtökologie“ wird die neueste Ausgabe dieser Reihe vorgelegt. Einen Rückblick auf das Gesamtprogramm „Ökologische Konzeptionen für Städte (Stadtökologie)“, vor allem auf die Beteiligung der Kommunen an einem solchen Programm, enthält der beiliegende Info-Letter „Forum Stadtökologie“ 1/99 in der Rubrik „Thema“.
Autor: Jens Libbe



Ausschnitt aus „Storyboard“ von Rem Koolhaas für Euralille, 1989

Weitere Informationen:
Dipl.-Sozialökonom
Jens Libbe
Telefon: 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Die Mehrzahl der Referenten war sich mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einig, daß kein Weg an einer Einführung ökonomischer Instrumente zur Eindämmung der Neuinanspruchnahme von Fläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke vorbeiführt. Beispielsweise seien die treibenden Kräfte des anhaltend negativen Trends beim Wohnflächenwachstum ganz überwiegend der gesellschaftliche Wohlstand und vorherrschende Lebensstile, so die Einschätzung eines Teilnehmers. Diesen Trends könne die Planung solange nicht begegnen, wie die Bodenpreise nicht den ökologischen und kulturellen Wert von Boden und Landschaft widerspiegeln.

Es wurde kritisch bemerkt, daß es in Deutschland kein relevantes ökonomisches Steuerungsinstrument gibt, das direkt an der Ressource Boden ansetzt und eine positive ökologische Lenkungswirkung besitzt. Die aktuell diskutierte Reform der Grundsteuer sei deshalb notwendiger denn je, da sie in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung keinerlei Anreize zum Flächensparen biete, sondern eher flächenverbrauchende Siedlungsformen fördere. Plädiert wurde für eine bodenpolitische Reform, die dem Ziel des sparsamen Ressourcenverbrauchs mindestens gleiches Gewicht gegenüber fiskalpolitischen Zielen einräumt.

Die vorgestellten Zertifikat- und Lizenzmodelle zur Steuerung der mengenmäßigen Flächenausweisung werteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer als einen in ökologischer Perspektive richtigen Denkansatz, da sie einen bestimmten Gesamtflächenverbrauch in einer Region steuern helfen. Die Kommunen müßten sich mit der Frage einer Senkung des Siedlungs-

flächenverbrauchs, wie sie von der Enquête-Kommission aufgeworfen wurde, auseinandersetzen. Diese Instrumente könnten dabei ein wirksamer Hebel sein. Allerdings bedürfen noch zahlreiche Fragen vertiefender Untersuchungen. So hängt die Umsetzung dieser Systeme von einer funktionierenden Regionalplanung ab. Hier stößt die Realisierung von Modellen an Grenzen – die bekannten interkommunalen Abstimmungsprobleme. Auch konnte nicht abschließend geklärt werden, wie diese Instrumente auf die bestehenden Konkurrenzen zwischen „armen“ Kernstädten und „reichen“ Umlandgemeinden wirken. Einer verfassungsrechtlichen Prüfung bedarf auch die Frage, inwieweit das Instrument der Flächenausweisungsrechte einen Eingriff in die Planungshoheit der Gemeinden darstellt. Als problematisch wurde der bei der Einführung dieser Instrumente entstehende Verwaltungsaufwand eingeschätzt. Lizenzsysteme sparen nur langfristig Transaktionskosten.

Im Resümee wurde die politische Durchsetzbarkeit einer Mengensteuerung im Vergleich zur Preissteuerung aufgrund der Vielzahl offener Fragen als sehr skeptisch eingeschätzt. Plädiert wurde hier für weitere Forschungsförderaktivitäten und praxisorientierte Modellprojekte. Allerdings seien zahlreiche von der Enquête-Kommission vorgeschlagene preispolitische Instrumente hinreichend diskutiert. Eine Steuerung von Flächenverbrauch und -nutzung über Abgaben und Steuern sei der richtige Weg. Die Abkehr vom angebotsorientierten kommunalen Flächenmanagement setze aber auch entsprechende finanzielle Kompensationsmaßnahmen voraus.



Savignyplatz Berlin
Foto: CD Berlin images, Presse- und
Informationsamt des Landes Berlin

Seminarbegleitende Bibliographien

Im ersten Quartal 1999 sind in der Difu-Reihe „Seminarbegleitende Bibliographien“ folgende Titel neu erschienen:

■ Nachhaltige Stadtentwicklung – Lokale Agenda 21

Bibliographie zum Difu-Seminar „Nachhaltige Stadtentwicklung und Lokale Agenda 21 – Bürgerschaft, Rat und Verwaltung im Dialog“ vom 2.–4. Februar 1999

Recherche-Suchbegriffe: Nachhaltige Stadtentwicklung; Lokale Agenda 21
70 S., Heft 1/99, DM 30,- Schutzgebühr

■ Korruption – Bestechlichkeit – Vorteilsnahme

Bibliographie zum Difu-Seminar „Korruption – Bekämpfung in den Kommunen“, 23.–24. März 1999.

Recherche-Suchbegriffe: Korruption; Bestechlichkeit; Bestechung; Vorteilsannahme; Vorteilsgewährung; Vorteilsnahme
42 S., Heft 2/99, DM 25,- Schutzgebühr

■ Kommunale Öffentlichkeitsarbeit – Bürgerorientierung – Neue Medien

Bibliographie zum Difu-Seminar „Kommunale Öffentlichkeitsarbeit im Wandel“ vom 15.–17. März 1999.

Recherche-Suchbegriffe: Pressearbeit; Public Relations; Neue Medien; Bürgerorientierung; Verwaltungsreform, Neue Steuerungsmodelle, Dienstleistungsorientierung; Stadtmarketing; Öffentlichkeitsarbeit
76 S., Heft 3/99, DM 30,- Schutzgebühr

■ Neues Steuerungsmodell – Budgetierung

Bibliographie zum Regionalseminar in Jena „Alternative Verwaltungsstrukturen. Qualifizierung der Führungskräfte“ vom 24. März 1999

Recherche-Suchbegriffe: Neues Steuerungsmodell; Anwendung in einzelnen Verwaltungssektoren; Anwendung in der lokalen Politik; Neues Rechnungswesen; Budgetierung
90 S., Heft 4/99, DM 30,- Schutzgebühr

Die „Seminarbegleitenden Bibliographien“ bleiben aus Aktualitätsgründen nur jeweils ein dreiviertel Jahr in einer kleinen Auflage lieferbar.

Folgende Bibliographien sind zur Zeit noch lieferbar:

■ Stadtmarketing (Heft 5/98, DM 30,-, Nachdruck)

■ Verwaltungsmodernisierung und Veränderungsmanagement (Heft 9/98, DM 30,-)

■ Sicherheit in der Stadt (Heft 10/98, DM 30,-)

■ Beschäftigungsförderung (Heft 11/99, DM 30,-)

■ Kosten- und Leistungsrechnung (Heft 12/99, DM 30,-)

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing.

Heidrun Kunert-Schroth

Telefon: 030/39001-297

Telefax: 030/39001-160

E-Mail:

kunert-schroth@difu.de

Bestellung per Fax unter der Nummer 030/39001-275

I M P R E S S U M

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin

Redaktion und Layout

Patrick Diekelmann
Cornelia Schmidt
Thomas Keith (Praktikant)
Sybille Wenke-Thiem (v.i.S.d.P.)

DTP

Rolando A. Laube
Eva Hernández

Pressestelle

Telefon: 0 30/ 390 01-208/209
Telefax: 0 30/ 390 01-130
E-Mail: pressestelle@difu.de
Internet: <http://www.difu.de>

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Druck

Alb. Sayffaerth –
Emil Lothar Krohn

Abdruck

Frei – Belegexemplar(e) erbeten

Die „Berichte“ werden auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Finale der Internationalen Bauausstellung Emscher Park

1987 war das letzte Jahr der IBA in Berlin. Angeregt durch einen Besuch gab danach der damalige nordrhein-westfälische Minister für Stadtentwicklung und Verkehr, Christoph Zöpel, den Auftrag, ein Konzept für eine Internationale Bauausstellung zur Revitalisierung einer alten Montanregion vorzulegen. Die Neubau- und die Altbau-IBA in Berlin lagen mit ihrer Programmatik sehr weit ab von den Aufgaben, die sich vor allem im Kern des Ruhrgebietes, im Emscherraum, stellten: die ökologische, ökonomische und kulturelle Erneuerung einer Region. Diese neue Bauausstellung im Gefolge der Berliner gab sich den Namen „Emscher Park“. Der Planungsraum von Duisburg bis Dortmund mit seinen etwa 800 km² Fläche und 75 km Ost-West-Ausdehnung unter Beteiligung von 17 Städten erreichte die Dimensionen der Regionalplanung. Mit Blick auf den geringen Baubedarf mangels Nachfrage bei rückläufiger Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung einerseits und einer mittleren Siedlungsdichte von 2 000 Einwohnern pro km² andererseits wurden Freiraumsicherung und Freiraumgestaltung in den Mittelpunkt dieser Bauausstellung gerückt: daher der Name „Emscher Park“. Damit wurde diese Bauausstellung in starkem Maße zu einer „Landschafts-Bauausstellung“. Im Frühjahr 1989 nahm die Planungsgesellschaft die Arbeit auf – nach zehn Jahren steht nun das Finale an, die Abschlußpräsentation mit ihrem Beginn am 21. April und ihrem Ende Anfang Oktober 1999.

Die 17 Städte haben zusammen mit Unternehmen und vielen bürgerschaftlichen Initiativen weit über 100 Projekte mit einer Investitionssumme in der Höhe von annähernd fünf Milliarden DM realisiert. 16 große Gewerbestandorte wurden auf ehemaligen Industriebrachen entwickelt. Mehr als 5 000 Wohneinheiten wurden modernisiert oder in Gestalt neuer Gartenstädte gebaut. Über eine Milliarde wurde in die Ausformung des Emscher Landschaftsparks investiert. Somit dürfte das Ruhrgebiet in den letzten zehn Jahren die „größte Landschaftsbaustelle“ Europas gewesen sein. Zahlreiche industrielle Produktionsanlagen, meistens mit Denkmalcharakter, wurden erhalten und für neue Nutzungszwecke hergerichtet oder als Kulturdenkmäler unter Mitarbeit von Land-

schaftsarchitekten und bildenden Künstlern in den Emscher Landschaftspark gestellt. Nicht zuletzt wurde der Umbau des Emscher-Systems, bislang eine 350 km lange offene Abwasserstrecke, eingeleitet.

Wenn man im Rückblick nach dem Prinzip dieser Bauausstellung fragt, dann kann man behaupten: Diese Bauausstellung hat dem wirtschaftlichen Strukturwandel ein ökologisches Fundament und eine baukulturelle Note gegeben. Das ökologische Fundament besteht in der Einführung der Kreislaufwirtschaft bei der Organisation der Siedlungsstruktur:

- Kreislaufwirtschaft bei der Flächeninanspruchnahme,
- Kreislaufwirtschaft bei der Gebäudenutzung,
- Kreislaufwirtschaft bei den Gewässersystemen.

Die kulturelle Note drückt sich in der Architekturqualität aus und in der flächendeckenden Einbeziehung von Kulturschaffenden und bildenden Künstlern in die einzelnen Projekte sowie in der Belebung der Industriedenkmale. Viele Architekturpreise gingen inzwischen an Objekte dieser IBA. Der deutsche Beitrag für die Architekturbieniale in Venedig 1996 bestand aus der IBA Emscher Park.

Gerade wenn kulturelle und architektonische Qualitäten offenkundig sind, wird in einer Region mit durchschnittlich 15 Prozent Arbeitslosigkeit kritisch nach dem Beschäftigungsbeitrag gefragt – mit dem Unterton: Werden hier nicht Gelder an der falschen Stelle ausgegeben, für Luxus und Nachrangiges, wo es doch in erster Linie um neue Arbeitsplätze geht?

Inzwischen ist der Beschäftigungsbeitrag der IBA Emscher Park unumstritten. Fünf Milliarden Investitionssumme haben einen erheblichen Nachfrageimpuls im Bereich der Bauwirtschaft, des Anlagenbaus und des Garten- und Landschaftsbaus ausgelöst. Vor allem aber haben sich Landschafts- und Stadtqualität und somit die weichen Standortfaktoren im Ruhrgebiet deutlich verbessert. Die Imagewirkung der

einzelnen Projekte und der IBA Emscher Park insgesamt lassen sich an der Medienresonanz gut ablesen.

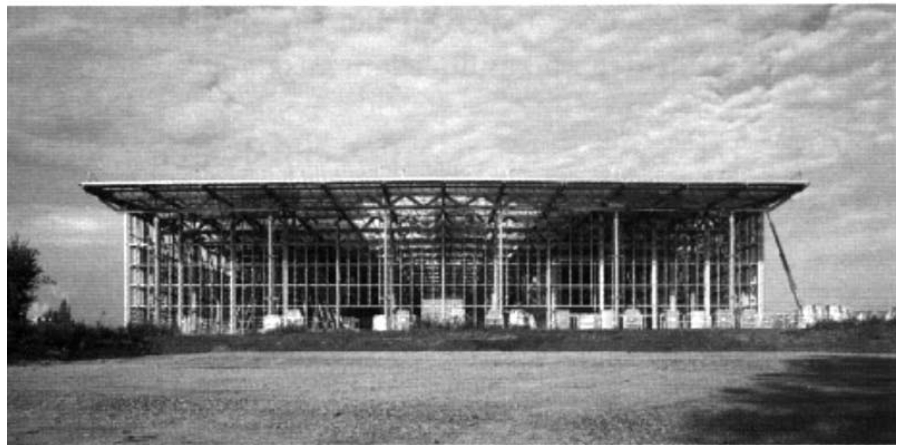
Die Präsentation der zehnjährigen Arbeit im Finale '99 bringt eine Fülle von Veranstaltungen in den 17 Mitgliedsstädten der IBA Emscher Park. Diese sind wichtig, um vor allen Dingen der Bevölkerung in den Städten und in der Region Thema und Ergebnisse näherzubringen.

Für auswärtige Besucher wird ein „geraffter Überblick“ durch vier große Ausstellungen angeboten, an die vier „Routen“ angehängt sind:

- die Ausstellung zur IBA Architektur in der Kraftzentrale im Meidericher Park in Duisburg mit der Route der Architektur;
- die Ausstellung „Sonne, Mond und Sterne“ zur Geschichte und Zukunft der Energie in der Kokerei Zollverein in Essen mit der Route der Industriekultur;
- die Ausstellung zum Emscher Landschaftspark im Haus Ripshorst in Oberhausen mit der Route der Industriena-tur;
- schließlich die Ausstellung im Schloß Oberhausen zu „Kunst setzt Zeichen“ mit der Route der Landmarkenkunst und der Installation von Christo und Jeanne-Claude im Gasometer.

Zu diesen Themen und Routen werden auch dreitägige Pauschalreisen angeboten, die über die IBA Emscher Park (fon 0209-1475412/13, fax 0209-1475414) oder die Ruhrgebiet Tourismus GmbH (fon 0231-1816186, fax 0231-1816188) vertrieben werden.

Die große „IBA-Gemeinde“ im Ruhrgebiet lädt mit einem herzlichen Glückauf zu einem Besuch des IBA Finale '99 ein.



Quelle: IBA '99

Difu-Beiträge zur Stadtforschung

__Expl. **Zwischen Überforderung und Selbstbehauptung – Städte unter dem Primat der Ökonomie**
Hrsg. von Heinrich Mading
1999. Bd. 27. 229 S.,
DM 46,-, ISBN 3-88118-275-6

__Expl. **Wirtschaftsverkehr, Stadtentwicklung und politische Regulierung**
Zum Strukturwandel in der Distributionslogistik und seinen Konsequenzen für die Stadtplanung
Von Markus Hesse
1998. Bd. 26. 369 S., 38 Tab., 33 Abb., 9 Übersichten
DM 69,-, ISBN 3-88118-243-8

__Expl. **Stadtmarketing – eine kritische Zwischenbilanz**
Von Busso Grabow, Beate Hollbach-Grömig
1998. Bd. 25. 218 S., 36 Abb., 4 Tab., 10 Übers.
DM 52,-, ISBN 3-88118-252-7

__Expl. **Kompakt, mobil, urban: Stadtentwicklungskonzepte zur Verkehrsvermeidung im internationalen Vergleich**
Von Dieter Apel, Michael Lehmbrock u.a.
1998. Bd. 24. 491 S., 91 Abb., 112 Tab., 11 Übers.
DM 84,-, ISBN 3-88118-234-9

Materialien

__Expl. **Probleme der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik 1998**
Ergebnisse einer Panelbefragung bei kommunalen Stadtentwicklungsplanern
Hrsg. von Michael Bretschneider
Bd. 3/99. Ca. 105 S. Schutzgebühr DM 35,-
ISBN 3-88118-280-2

__Expl. **Bodenpolitik und Grundsteuer**
Bericht über ein Expertengespräch
Hrsg. von Michael Reidenbach
Bd. 2/99. 96 S. Schutzgebühr DM 30,-
ISBN 3-88118-274-8

__Expl. **Verkehrsvermeidung**
Handlungskonzepte für eine integrierte Stadt- und Verkehrsentwicklungsplanung
Von Thomas Ponel (extern)
Bd. 1/99. 278 S., Schutzgebühr DM 50,-
ISBN 3-88118-271-3

__Expl. **Entmischung im Bestand an Sozialwohnungen**
Dokumentation eines Seminars
Hrsg. von Hasso Brühl, Claus-Peter Echter
Bd. 5/98. 240 S., Schutzgebühr DM 45,-
ISBN 3-88118-268-3

__Expl. **Kommunales Gebäudemanagement – Konzepte und deren praktische Umsetzung**
Hrsg. von Birgit Frischmuth
Bd. 4/98. 391 S., Schutzgebühr DM 65,-
ISBN 3-88118-269-1

Arbeitshilfen

__Expl. **Das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans**
2. Auflage unter Berücksichtigung des novellierten Baugesetzbuchs 1998
Von Horst O. Taft, Marie-Luis Wallraven-Lindl
1998. 149 S., Schutzgebühr DM 45,-
ISBN 3-88118-254-3

__Expl. **Neuerungen im Baugesetzbuch 1998 – kommentiert für die Praxis**
Von Arno Bunzel u.a.
1998. 186 S., mit Tips, Beispielen und Hinweisen zu Urteilen sowie Literatur
Schutzgebühr DM 52,-
ISBN 3-88118-250-0

Umweltberatung für Kommunen

__Expl. **Kosten sparen durch Energiemanagement**
Dokumentation des 4. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten in Stuttgart am 27. und 28. Oktober 1998
Hrsg. von Annett Fischer
1999. 180 S., Schutzgebühr DM 40,-
ISBN 3-88118-276-4

__Expl. **Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Umweltschutz**
Beispiele zu den Handlungsfeldern Energie und Wasser
Von Carlo Kallen, Cornelia Rösler
1998. 138 S., Schutzgebühr DM 27,-
(DM 15,- für Kommunen NBL)
ISBN 3-88118-270-5

__Expl. **Bürgerbeteiligung im Klimaschutz**
Hrsg. von Annett Fischer, Carlo Kallen
1998. 99 S., Schutzgebühr DM 35,-
ISBN 3-88118-267-5

Forum Stadtökologie

__Expl. **Neue Instrumente zur Steuerung des Flächenverbrauchs**
Hrsg. von Jens Libbe
1998. Bd. 10. 115 S., Schutzgebühr DM 35,-
ISBN 3-88118-277-2

Bitte senden Sie mir ein Verzeichnis aller lieferbaren Difu-Publikationen zu (kostenfrei).

Vorname und Name: _____

Dienststelle/Institution: _____

Adresse: _____

Telefon/Telefax/E-Mail: _____

Datum/Unterschrift/Stempel: _____